



ANGENOMMENE TEXTE

P10_TA(2026)0334

Empfehlung zu den politischen Beziehungen zwischen der EU und China

Empfehlung des Europäischen Parlaments vom 7. Oktober 2026 an den Rat, die Kommission und die Vizepräsidentin der Kommission und Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zu den politischen Beziehungen zwischen der EU und China (2025/2117(INI))

Das Europäische Parlament,

- unter Hinweis auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und andere internationale Menschenrechtsabkommen und -instrumente, insbesondere die Konvention der Vereinten Nationen von 1948 über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes,
- unter Hinweis auf seine gemäß Artikel 150 seiner Geschäftsordnung angenommenen Entschlüsse zu Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit,
- unter Hinweis auf seine früheren Entschlüsse zur Menschenrechtssituation in China,
- unter Hinweis auf seine Entschlüsselung vom 28. November 2024 zu Hongkong, insbesondere den Fällen von Jimmy Lai und den 45 Aktivisten, die vor Kurzem gemäß dem Gesetz über die nationale Sicherheit verurteilt wurden¹,
- unter Hinweis auf seine Entschlüsselung vom 13. November 2025 zu Maßnahmen gegen die länderübergreifende Unterdrückung von Menschenrechtsverteidigern²,
- gestützt auf die Verordnung (EU) 2023/2675 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. November 2023 über den Schutz

¹ ABl. C, C/2025/1805, 4.4.2025, ELI: <http://data.europa.eu/eli/C/2025/1805/oj>.

² ABl. C, C/2026/1664, 22.4.2026, ELI: <http://data.europa.eu/eli/C/2026/1664/oj>.

der Union und ihrer Mitgliedstaaten vor wirtschaftlichem Zwang durch Drittländer³,

- unter Hinweis auf seine EntschlieÙung vom 24. Oktober 2024 zu der falschen Auslegung der UN-Resolution 2758 durch die Volksrepublik China und ihren ständigen militärischen Provokationen rund um Taiwan⁴,
- unter Hinweis auf seine Empfehlung vom 26. November 2025 an den Rat, die Kommission und die Vizepräsidentin der Kommission und Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zu der diplomatischen Strategie und geopolitischen Zusammenarbeit der EU in der Arktis⁵,
- gestützt auf die Verordnung (EU) 2024/1252 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. April 2024 zur Schaffung eines Rahmens zur Gewährleistung einer sicheren und nachhaltigen Versorgung mit kritischen Rohstoffen und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 168/2013, (EU) 2018/858, (EU) 2018/1724 und (EU) 2019/1020⁶, auch bekannt als „Verordnung zu kritischen Rohstoffen“,
- unter Hinweis auf seine EntschlieÙung vom 10. Juli 2025 zu Maßnahmen gegen Chinas Ausfuhrbeschränkungen für kritische Rohstoffe⁷,
- unter Hinweis auf die chinesisch-britische gemeinsame Erklärung von 1984 und die chinesisch-portugiesische gemeinsame Erklärung von 1987,
- unter Hinweis auf Chinas fünf Grundsätze der friedlichen Koexistenz sowie auf Chinas Initiativen Globale Entwicklung (GDI), Globale Sicherheit (GSI), Globale Zivilisation (GCI) und Globale Ordnungspolitik (GGI),
- unter Hinweis auf den von Freedom House veröffentlichten Bericht von 2025 mit dem Titel „Freedom in the World“ (Freiheit in der Welt),
- unter Hinweis auf die von Reporter ohne Grenzen erstellte Rangliste

³ ABl. L, 2023/2675, 7.12.2023, ELI:
<http://data.europa.eu/eli/reg/2023/2675/oj>.

⁴ ABl. C, C/2025/487, 29.1.2025, ELI:
<http://data.europa.eu/eli/C/2025/487/oj>.

⁵ ABl. C, C/2026/1722, 24.4.2026, ELI:
<http://data.europa.eu/eli/C/2026/1722/oj>.

⁶ ABl. L, 2024/1252, 3.5.2024, ELI:
<http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1252/oj>.

⁷ ABl. C, C/2026/1447, 31.3.2026, ELI:
<http://data.europa.eu/eli/C/2026/1447/oj>.

der Pressefreiheit 2025,

- unter Hinweis auf das am 16. Juli 2018 unterzeichnete bilaterale Abkommen zwischen der EU und der Volksrepublik China über die Zusammenarbeit in der weltweiten Meerespolitik, auch bekannt als EU-China-Meerespartnerschaft,
 - unter Hinweis auf seine Entschlieung vom 17. Oktober 2023 zu den Auswirkungen der chinesischen Fischereittigkeiten auf die Fischereien der Union und das weitere Vorgehen⁸,
 - gestützt auf Artikel 121 seiner Geschäftsordnung,
 - unter Hinweis auf den Bericht des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten (A10-0237/2026),
- A. in der Erwägung, dass sich das System der internationalen Beziehungen rasant verändert; in der Erwägung, dass es im geopolitischen Interesse der EU liegt, eine multilaterale Welt zu fördern, die es ihr ermöglicht, als globaler Akteur aufzutreten; in der Erwägung, dass die EU vor diesem Hintergrund eine eigenständige und konsistente politische Linie gegenüber China festlegen sollte;
- B. in der Erwägung, dass die Gesamtbevölkerung der EU und der Volksrepublik China 22,7 % der Weltbevölkerung ausmacht; in der Erwägung, dass auf die EU und China zusammen fast 30 % des Welthandels und mehr als ein Drittel des weltweiten BIP entfallen; in der Erwägung, dass die Europäische Union einen Anteil von 14,5 % an den Gesamtausfhren Chinas hat, wohingegen der Anteil Chinas an den Ausführen der EU lediglich 8 % beträgt; in der Erwägung, dass diese Zahlen nicht nur das Ausmaß der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen verdeutlichen, sondern auch die Tragweite des Handelsungleichgewichts unterstreichen;
- C. in der Erwägung, dass sich die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der EU und China im Jahr 2025 zum 50. Mal jhrte, was Anlass bietet, Bilanz darüber zu ziehen, Erfolge und Misserfolge der China-Politik der EU zu bewerten und die strategische Ausrichtung der EU neu zu justieren; in der Erwägung, dass das Handels- und Kooperationsabkommen von 1985⁹ nach wie vor der wichtigste Rechtsrahmen für ihre Wirtschafts- und Handelsbeziehungen ist; in der Erwägung, dass das letzte

⁸ ABl. C, C/2024/2652, 29.4.2024, ELI:
<http://data.europa.eu/eli/C/2024/2652/oj>.

⁹ Abkommen über die handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Volksrepublik China (ABl. L 250 vom 19.9.1985, S. 2, ELI:
http://data.europa.eu/eli/agree_international/1985/2616/oj).

Gipfeltreffen EU-China am 24. Juli 2025 in Peking stattfand;

- D. in der Erwägung, dass Dialog und diplomatisches Engagement trotz erheblicher Meinungsverschiedenheiten nach wie vor wesentliche Instrumente für die Gestaltung der Beziehungen zwischen der EU und China sind; in der Erwägung, dass der hochrangige politische Dialog, einschließlich des Gipfeltreffens EU-China, das im Juli 2025 in Peking stattfand, fortgesetzt werden sollte, um gemeinsame globale Herausforderungen anzugehen; in der Erwägung, dass ein solch kritisches Engagement keinesfalls die Standpunkte der EU zu grundlegenden Werten und Prinzipien beeinträchtigen darf, darunter die Achtung des Völkerrechts und der Menschenrechte und die uneingeschränkte Einhaltung der Regeln und Grundsätze des multilateralen Systems und der internationalen Organisationen durch China;
- E. in der Erwägung, dass die Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und dem Nationalen Volkskongress von 2019 bis 2025 aufgrund der COVID-19-Pandemie und der Sanktionen Chinas gegen das Europäische Parlament und andere europäische Einrichtungen sowie europäische Bürgerinnen und Bürger ausgesetzt waren; in der Erwägung, dass China im Jahr 2025 die Sanktionen gegen das Europäische Parlament aufgehoben und das Europäische Parlament beschlossen hat, seine Beziehungen zu China wiederaufzunehmen;
- F. in der Erwägung, dass die Innen- und Außenpolitik der Volksrepublik China den Spielraum für Partnerschaften verringert und den Wettbewerb mit der EU und anderen Demokratien verschärft hat; in der Erwägung, dass China die Beziehungen zur EU von sich aus und unmissverständlich in Richtung einer systemischen Rivalität lenkt; in der Erwägung, dass es für den Schutz der Interessen der EU äußerst wichtig ist, dort zusammenzuarbeiten, wo es möglich ist, einen fairen Wettbewerb zu führen und erforderlichenfalls auf Konfrontation zu gehen; in der Erwägung, dass es für die EU immer wichtiger wird, eine stärkere Verhandlungsposition aufzubauen und gleichzeitig den Dialog mit China zu suchen;
- G. in der Erwägung, dass die EU von China erwartet, dass es sein Interesse an einer Verbesserung der Beziehungen zwischen der EU und China, einschließlich eines fairen Handelsansatzes, sowie an der Verhinderung einer Entkopplung und einer auf Blöcken basierenden Konfrontation unter Beweis stellt; in der Erwägung, das Ziel der EU darin bestehen sollte, ihre strategische Autonomie zu stärken, die weder auf Abhängigkeit noch auf Konfrontation beruht, sondern auf einem prinzipientreuen Engagement aus einer Position der Stärke heraus, um die Werte, die Interessen, die Sicherheit und den Wohlstand Europas zu schützen und gleichzeitig die Kanäle für Dialog und Zusammenarbeit aufrechtzuerhalten; in der Erwägung, dass Zusammenarbeit nicht bedeuten darf, keine Menschenrechtsverletzungen zu billigen, damit einverstanden zu

sein, nachsichtig zu sein oder eigenen einschlägigen Standards zu senken; in der Erwägung, dass die Zusammenarbeit umkehrbar sein und eine vertiefte Partnerschaft mit einer stärkeren Angleichung an die Vorschriften kombinieren sollte;

- H. in der Erwägung, dass eine Zusammenarbeit mit China erforderlich ist, um globale Herausforderungen wie den Klimawandel, Frieden und nachhaltige Entwicklung zu bewältigen; in der Erwägung, dass es erforderlich ist, dass die EU eine prinzipientreue, kohärente und auf die Menschenrechte ausgerichtete China-Politik verfolgt, die auf dem Völkerrecht, demokratischer Resilienz und der Verringerung wirtschaftlicher Risiken basiert; in der Erwägung, dass eine solche Politik die Standpunkte der EU zu Grundwerten und -prinzipien nicht beeinträchtigen sollte;
- I. in der Erwägung, dass China den rechtswidrigen und grundlosen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine entscheidend ermöglicht, da es als größter Lieferant von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck fungiert und Russland dabei hilft, Sanktionen zu umgehen; in der Erwägung, dass Russland ohne die Unterstützung Chinas und anderer Länder nicht in der Lage wäre, seinen Angriffskrieg gegen die Ukraine in gleichem Umfang und mit gleicher Kraft fortzuführen; in der Erwägung, dass die diplomatische, wirtschaftliche und materielle Unterstützung Chinas für den Angriffskrieg Russlands, einschließlich der Lieferung von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck für militärische Lieferketten, gegen die Charta der Vereinten Nationen sowie gegen Chinas eigene Darstellung der Neutralität und seine fünf Grundsätze der friedlichen Koexistenz verstößt; in der Erwägung, dass China direkt an der Entwicklung von Munitionsproduktionskapazitäten in Belarus beteiligt ist, unter anderem durch die Bereitstellung wichtiger Produktionsausrüstung und Produktionslinien, wodurch die militärisch-industriellen Kapazitäten, die zur Unterstützung der Kriegsanstrengungen Russlands zur Verfügung stehen, weiter gestärkt werden; in der Erwägung, dass die Volksrepublik China ihre militärische Zusammenarbeit mit Russland und Belarus weiter vertieft, unter anderem durch gemeinsame Militärübungen, die sogar in unmittelbarer Nähe der EU durchgeführt werden, obwohl beide Länder feindselige Aktivitäten gegen Mitgliedstaaten durchführen und eine unmittelbare Bedrohung für die europäische Sicherheit darstellen;
- J. in der Erwägung, dass China ständiges Mitglied des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen ist und daher die Verantwortung trägt, eine multilaterale, auf Regeln basierende internationale Ordnung und eine wirksame globale und digitale Regulierung auf der Grundlage der Achtung der Charta der Vereinten Nationen und des Völkerrechts aufrechtzuerhalten; in der Erwägung, dass die Haltung Chinas gegenüber Russland und dessen Angriffskrieg gegen die Ukraine ein entscheidender Faktor für die künftigen Beziehungen

zwischen der EU und China sein wird;

- K. in der Erwägung, dass China am 4. Februar 2022 eine grenzenlose Partnerschaft mit Russland vereinbart hat und die Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern in den letzten Jahren verstärkt wurde; in der Erwägung, dass vonseiten chinesischer und russischer Medien inakzeptable Darstellungen über die Ukraine verbreitet werden; in der Erwägung, dass China mit Russland in Bereichen wie Verteidigung, Raumfahrt und Handel sowie bei Technologien mit doppeltem Verwendungszweck und beim Aufbau von Synergien in der Arktis zusammenarbeitet; in der Erwägung, dass Chinas Präsident Xi Jinping eine Reise nach Brüssel ablehnte und stattdessen nach Moskau reiste, wodurch er den Beziehungen Chinas zu Russland Vorrang einräumte;
- L. in der Erwägung, dass die Demokratische Volksrepublik Korea (DVRK) der einzige Staat ist, der direkt Truppen zur Unterstützung des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine entsandt hat; in der Erwägung, dass nach wie vor ernsthafte Bedenken hinsichtlich eines möglichen Transfers von Technologien im Zusammenhang mit Kernwaffen oder ballistischen Raketen an die DVRK im Austausch gegen Waffen und Militärpersonal für Russland bestehen; in der Erwägung, dass chinesische Behörden Berichten zufolge seit 2024 mindestens 406 Flüchtlinge gewaltsam in die DVRK zurückgeführt und damit zu den schweren Menschenrechtsverletzungen beigetragen haben, die unter dem totalitären Regime von Kim Jong Un begangen werden;
- M. in der Erwägung, dass sich das Handelsdefizit der EU mit China 2024 auf 305,8 Mrd. EUR belief; in der Erwägung, dass die zunehmende Asymmetrie in den Beziehungen zwischen der EU und China in Schlüsselbereichen wie Marktzugang, technologische Fähigkeiten, Industriepolitik und kritische Rohstoffe Herausforderungen für die EU mit sich bringt und Abhängigkeiten schafft und China zugleich einen Hebel bietet, um Druck auszuüben;
- N. in der Erwägung, dass die chinesische Industriepolitik massive Überkapazitäten schafft, wodurch Druck auf die europäische Wirtschaft ausgeübt wird und zunehmend die Gefahr einer Aushöhlung des industriellen Kerns der EU droht, was eine existenzielle Bedrohung für die EU darstellen kann; in der Erwägung, dass China die globalen Märkte mit staatlichen Beihilfen, Dumpingpreisen und der Politisierung des Handels verzerrt; in der Erwägung, dass China den europäischen Marktzugang blockiert und Rechtssicherheit für europäische Unternehmen verweigert; in der Erwägung, dass diese feindseligen und unlauteren Praktiken das Gleichgewicht zwischen Risiken und Chancen in den Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen der EU und China zugunsten Chinas verschieben; in der Erwägung, dass China bestrebt ist, die Abhängigkeiten in den Beziehungen zwischen der EU und China

auszuweiten; in der Erwägung, dass China durch dieses Vorgehen von einem potenziellen Partner zu einem Wirtschafts- und Handelskonkurrenten geworden ist;

- O. in der Erwägung, dass China insbesondere seine industriellen Kapazitäten in strategischen Bereichen wie Umweltschutz und Verkehr drastisch ausgebaut hat und zum weltweit führenden Hersteller von Solarzellen, zu einem dominierenden globalen Akteur in der Fertigung von Windkraftanlagen und zu einem bedeutenden Ausführer von Hochgeschwindigkeitsbahntechnologie geworden ist; in der Erwägung, dass eine übermäßige Abhängigkeit von chinesischen Technologien und Ressourcen im Bereich des Klimaschutzes und des grünen Wandels die EU und ihre Partnerländer anfällig macht;
- P. in der Erwägung, dass die EU ihre Lieferketten diversifizieren, ihre Verarbeitungskapazitäten steigern und das Recycling und die Wiederverwendung kritischer Rohstoffe erheblich steigern muss; in der Erwägung, dass 98 % aller von der EU eingeführten Seltenerdmetalle aus China stammen; in der Erwägung, dass China bei der Förderung seltener Erden eine De-facto-Monopolstellung innehat, da auf das Land etwa 60 % der weltweiten Förderung und 90 % der Weiterverarbeitung entfallen und China auch bei der Herstellung von Dauermagneten mit 94 % der weltweiten Kapazitäten den Markt dominiert, wobei es von einer vollständig vertikal integrierten Lieferkette profitiert; in der Erwägung, dass restriktive Maßnahmen wie Ausfuhrkontrollen bei kritischen Rohstoffen eine direkte Bedrohung für die europäische Wirtschaft darstellen, insbesondere für den Automobil-, Maschinenbau- und Verteidigungssektor; in der Erwägung, dass China die größte industrielle Fischereiflotte der Welt hat und es der Küstenstaat mit dem weltweit schlechtesten Gesamtergebnis hinsichtlich der illegalen, ungemeldeten und unregulierten Fischerei (IUU-Fischerei) unter den 152 Ländern ist, die 2023 für den IUU-Risikoindex untersucht wurden;
- Q. in der Erwägung, dass die EU einen autonomen und interessenorientierten Ansatz verfolgen sollte, mit dem die wirtschaftliche Sicherheit und die strategische Souveränität Europas gewahrt werden; in der Erwägung, dass die EU über ein umfangreiches Instrumentarium verfügt, auf das sie proaktiv und entschlossen zurückgreifen könnte, um die unausgewogenen Handelsbeziehungen zwischen der EU und China anzugehen; in der Erwägung, dass die EU außerdem mit gleichgesinnten Partnern wie Kanada, Japan, Australien, Neuseeland, Indien, Mexiko, Südkorea, den Philippinen und den Vereinigten Staaten enger zusammenarbeiten sollte;
- R. in der Erwägung, dass die entschlossenen geopolitischen, technologischen und wirtschaftlichen Maßnahmen, einschließlich der

Initiative „Neue Seidenstraße“, bisweilen der regelbasierten internationalen Ordnung und internationalen Lenkungsmodellen sowie den Grundwerten, globalen Partnerschaften und geopolitischen Interessen der EU zuwiderlaufen können;

- S. in der Erwägung, dass die EU der weltweit größte Geber von Entwicklungshilfe und China der weltweit größte Darlehensgeber für Entwicklungshilfe ist; in der Erwägung, dass mit Chinas Auslandsdarlehen zwar große Infrastrukturprojekte in Entwicklungsländern finanziert werden, die Schuldenlast der betreffenden Länder dadurch jedoch nicht verringert, sondern in einigen Fällen sogar noch verschärft wird;
- T. in der Erwägung, dass China durch eine Kombination aus staatlich gelenkten Investitionen, strategischem Erwerb von Infrastruktur, Technologietransfer und Einflussnahme versucht, seine Präsenz innerhalb der EU, in den Nachbarländern der EU, in Ländern, die eine EU-Mitgliedschaft anstreben, und weltweit auszubauen und Schwachstellen in der Staatsführung, wirtschaftlichen Druck und institutionelle Schwäche auszunutzen; in der Erwägung, dass dies Auswirkungen auf die Transparenz, die demokratischen Standards und die Fähigkeit der EU hat, Stabilität, Konvergenz und Reformen im Bereich der Rechtsstaatlichkeit in ihrer Nachbarschaft zu fördern;
- U. in der Erwägung, dass China den Westbalkan ausdrücklich als strategisches Gebiet für seine Initiative „Neue Seidenstraße“ betrachtet und in dessen Bergbau- und Rohstoffsektor investiert; in der Erwägung, dass durch die Investitionen Chinas in Zentralasien und im Südkaukasus zwar eine physische Verbindung zwischen Asien und Europa hergestellt wird, dies jedoch sowohl Risiken als auch Chancen für die Zusammenarbeit der EU mit regionalen Partnern mit sich bringt;
- V. in der Erwägung, dass Chinas Präsenz in Lateinamerika, in Afrika und auf anderen Kontinenten – da es der wichtigste Handelspartner der meisten Staaten in diesen Regionen ist – wirtschaftliche Abhängigkeiten schafft, die außenpolitische Entscheidungen, insbesondere im Hinblick auf die Ein-China-Politik, beeinflussen und negative Auswirkungen auf die verantwortungsvolle Staatsführung, die Menschenrechte und die Umwelt haben;
- W. in der Erwägung, dass sich China immer häufiger als „arktischer Staat“ bezeichnet und nach Einfluss in der Arktis strebt; in der Erwägung, dass der hohe Norden und die Arktis für die europäische und transatlantische Sicherheit von entscheidender Bedeutung sind; in der Erwägung, dass China als Erweiterung seiner Initiative „Neue Seidenstraße“ eine polare Seidenstraße eingerichtet hat und seine Präsenz in der Arktis verstärkt; in der Erwägung, dass China seine Zusammenarbeit mit Russland in der Arktis vertieft;

- X. in der Erwägung, dass die komplexe Lage im indopazifischen Raum verstärkte diplomatische Bemühungen aller beteiligten Akteure – China eingeschlossen – erfordert; in der Erwägung, dass Frieden und Stabilität im indopazifischen Raum, insbesondere in der Taiwanstraße und im Süd- und Ostchinesischen Meer, von strategischer Bedeutung für Sicherheit und Wohlstand auf regionaler und auf globaler Ebene sind, da es sich hierbei um die wirtschaftlich wichtigsten und strategisch sensibelsten Seewege der Welt handelt; in der Erwägung, dass China mit seinen zunehmenden destabilisierenden Handlungen in der Region die regionale Stabilität schwächt und die Freiheit der Schifffahrt gefährdet; in der Erwägung, dass einige Mitgliedstaaten der EU Überseegebiete im indopazifischen Raum haben, was ihr Interesse an der Sicherheit in der Region noch verstärkt;
- Y. in der Erwägung, dass die EU ihre Ein-China-Politik verfolgt, die Regierung der Volksrepublik China als einzige rechtmäßige Regierung Chinas anerkennt und sich etwaigen einseitigen Schritten widersetzt, die darauf abzielen, den Status quo mit Gewalt, durch Zwang oder gegen den Willen der taiwanesischen Bevölkerung zu ändern; in der Erwägung, dass die EU und Taiwan gemeinsame Werte wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte teilen und solide Wirtschaftsbeziehungen sowie eine enge Zusammenarbeit in einer Vielzahl von Bereichen aufgebaut haben; in der Erwägung, dass die Zusammenarbeit der EU mit Taiwan für den weltweiten Wohlstand von entscheidender Bedeutung ist, da Taiwan eine wichtige Rolle in der Halbleiterindustrie und den globalen Lieferketten spielt, ein bedeutender Handelspartner der EU ist und als Innovationszentrum in Hochtechnologiesektoren fungiert;
- Z. in der Erwägung, dass ein Sprecher der chinesischen Regierung im Oktober 2025 erklärte, China werde den Einsatz von Gewalt gegen Taiwan keinesfalls ausschließen; in der Erwägung, dass China sein Vorgehen gegen Taiwan in rechtlicher, militärischer, informativer und politischer Hinsicht intensiviert hat; in der Erwägung, dass Chinas Machenschaften im grauen Bereich und seine hybride Kriegsführung, darunter militärische Einschüchterungen, Sabotage von Unterseekabeln, Militärübungen, wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen, Cyberangriffe und die Gefahr der ausländischen Informationsmanipulation und Einmischung, darauf abzielen, Taiwans Demokratie zu untergraben; in der Erwägung, dass die EU mit ihren Partnern zusammenarbeiten muss, um ihre Abschreckungsfähigkeiten gegenüber solchen Versuchen Chinas zu stärken;
- AA. in der Erwägung, dass Peking den Frieden und die Sicherheit in seinem erweiterten regionalen Umfeld gefährdet hat, unter anderem durch aggressive Aktionen der Marine gegen die Philippinen im Südchinesischen Meer, durch die Unterstützung der brutalen Junta in Myanmar mit Geld und Waffen sowie durch unfreundliche oder

provokante Aktivitäten gegenüber Japan;

- AB. in der Erwägung, dass Chinas militärische Modernisierung auch die Entwicklung von ballistischen Raketen, Hyperschallwaffen, bewaffneten Drohnen und Technologien mit doppeltem Verwendungszweck umfasst, von denen viele den EU-Ausfuhrkontrollen unterliegen; in der Erwägung, dass Chinas offizieller Verteidigungshaushalt in den letzten 15 Jahren in absoluten Zahlen erheblich aufgestockt wurde;
- AC. in der Erwägung, dass Cybersicherheitsbedrohungen, Spionage, ausländische Einflussnahme und Desinformationskampagnen, der Missbrauch von Wissenschaft, Forschung und Patenten, politische Unterwanderung und Taktiken der hybriden Kriegsführung dazu beigetragen haben, dass mit dem chinesischen Staat verbundene Akteure in zunehmendem Maße die Sicherheit, die demokratische Resilienz, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die kritische Infrastruktur Europas gefährden; in der Erwägung, dass Jian Guo, parlamentarischer Assistent von Maximilian Krah, Mitglied des Europäischen Parlaments für die Partei Alternative für Deutschland (AfD) von 2019 bis 2024, im September 2025 wegen seiner Tätigkeit als Agent für einen chinesischen Geheimdienst verurteilt wurde;
- AD. in der Erwägung, dass China Freedom House zufolge am häufigsten transnationale Repressionen ausübt; in der Erwägung, dass auch diplomatische und konsularische Vertretungen Chinas in der EU in Handlungen transnationaler Repression verwickelt waren, darunter die Überwachung und Einschüchterung der chinesischen Diaspora, wie die Aufdeckung chinesischer Übersee-Polizeistationen deutlich gemacht hat, wodurch die Grundrechte in der EU bedroht werden;
- AE. in der Erwägung, dass China ungeachtet seiner Behauptungen, sich nicht in innere Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen, wiederholt die Souveränität anderer Staaten verletzt hat; in der Erwägung, dass in den letzten Jahren zahlreiche Konfuzius-Institute in Europa, Amerika und Australien aufgrund von Bedenken geschlossen wurden, dass Peking sie zur Verbreitung von Propaganda, zur Spionage, zur Zweckentfremdung von Schlüsseltechnologien sowie zur Einschränkung der Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit nutzt, unter anderem durch ihren unklaren rechtlichen Status und ihren finanziellen Einfluss;
- AF. in der Erwägung, dass die Innovationskapazität Chinas zunimmt und mittlerweile 24 offiziell anerkannte Innovationscluster umfasst, von denen drei zu den zehn weltweit führenden Clustern zählen; in der Erwägung, dass die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) durch die militärisch-zivile Fusion bestrebt ist, die Barrieren zwischen Chinas ziviler Forschung und Wirtschaft sowie seinem Militär und seiner Verteidigungsindustrie abzubauen; in der Erwägung, dass ihr Ziel darin besteht, China in die Lage zu versetzen, die technologisch

fortschrittlichste Armee der Welt aufzubauen; in der Erwägung, dass die KPCh zudem bestrebt ist, weltweite Spitzentechnologien anzuziehen, unter anderem durch intransparente Praktiken, um ihre militärischen Ziele zu verwirklichen; in der Erwägung, dass Chinas rasch steigende Forschungsinvestitionen zunehmend Herausforderungen für die technologische Wettbewerbsfähigkeit und die Sicherheitsinteressen der EU mit sich bringen;

- AG. in der Erwägung, dass die regierende KPCh ein totalitärer Parteistaat ist, der die demokratischen Werte der EU nicht teilt, im Inland autoritär regiert und auf internationaler Ebene Allianzen mit mehreren autokratischen Regimen pflegt, die den universellen Menschenrechten und Grundfreiheiten entgegenstehen und diese untergraben;
- AH. in der Erwägung, dass die Förderung und der Schutz der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit auch künftig im Mittelpunkt der Außenpolitik der EU stehen sollten; in der Erwägung, dass die EU und China seit 1995 formell vereinbart haben, einen regelmäßigen Menschenrechtsdialog aufrechtzuerhalten; in der Erwägung, dass trotz der Weiterführung dieses Dialogs nach wie vor unvermindert systematische Menschenrechtsverletzungen in China begangen werden, die zu den schweren Einschränkungen der Grundfreiheiten in Hongkong und Macau hinzukommen; in der Erwägung, dass China Verbrechen gegen die Menschlichkeit begeht – namentlich durch Massenverhaftungen – sowie die Religionsfreiheit unterdrückt, die Kultur von schätzungsweise drei Millionen Uiguren und anderen Turkvölkern in Xinjiang zerstört und zudem schwere Repressionen und Zwangsassimilation in Tibet betreibt;
- AI. in der Erwägung, dass China den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte 1998 zwar unterzeichnet, ihn jedoch noch nicht ratifiziert hat; in der Erwägung, dass China ungeachtet dessen gemäß Artikel 18 des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge verpflichtet ist, bis zum Inkrafttreten dieses Pakts durch Ratifizierung von Handlungen abzusehen, die den Gegenstand und den Zweck des Pakts vereiteln würden;
- AJ. in der Erwägung, dass sich die Religions- und Weltanschauungsfreiheit auf dem chinesischen Festland weiter verschlechtert, da die KPCh eine intensive Kampagne zur „Sinisierung“ der Religion durchführt und von allen Religionen verlangt, dass sie sich der Ideologie, der Doktrin und den Lehren der Partei anschließen; in der Erwägung, dass die Einmischung der chinesischen Behörden in die Wahl des nächsten Dalai Lama ein politisch kalkulierter Schachzug ist, um die Legitimität der spirituellen Autorität Tibets und damit die tibetische Kultur und Identität zu untergraben;

- AK. in der Erwägung, dass sich die Lage der Grundfreiheiten, der Rechtsstaatlichkeit und der Unabhängigkeit der Justiz in Hongkong seit der Verhängung des chinesischen Gesetzes zum Schutz der nationalen Sicherheit am 30. Juni 2020 alarmierend zugespitzt hat; in der Erwägung, dass China in eklatanter Weise gegen den Grundsatz „ein Land, zwei Systeme“, die chinesisch-britischen gemeinsamen Erklärungen und den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte verstoßen hat; in der Erwägung, dass die Polizei für nationale Sicherheit Hongkongs im Juli 2025 bekannt gegeben hat, Haftbefehle gegen 19 im Ausland lebende politisch engagierte Bürger erlassen zu haben, denen vorgeworfen wird, eine Organisation gegründet oder sich an einer solchen beteiligt zu haben, die nach Ansicht der Behörden darauf abzielte, die Staatsgewalt gemäß dem von Peking 2020 nach den prodemokratischen Protesten von 2019 verhängten nationalen Sicherheitsgesetz zu untergraben; in der Erwägung, dass die Behörden regelmäßig Personen aufgrund politisch motivierter Anschuldigungen inhaftieren, strafrechtlich verfolgen und gefangen halten, darunter Menschenrechtsverteidiger, Journalisten, Rechtsanwälte und prodemokratische Aktivisten; in der Erwägung, dass der Fall des schwedischen Staatsbürgers Gui Minhai, der seit 2015 willkürlich inhaftiert ist und in einem nichtöffentlichen Verfahren verurteilt wurde, ein Beispiel für die anhaltende Missachtung rechtsstaatlicher Verfahren und des Rechts auf konsularischen Zugang darstellt;
- AL. in der Erwägung, dass China in der von Reporter ohne Grenzen veröffentlichten Rangliste der Pressefreiheit 2025 auf den drittletzten Rang (Platz 178) zurückgefallen ist;
- AM. in der Erwägung, dass zwar die Zahl der Arbeiterstreiks in China seit 2020 erheblich zugenommen hat, China jedoch die Gründung unabhängiger Gewerkschaften außerhalb der Struktur des Allchinesischen Gewerkschaftsbundes nicht zulässt und dass Verteidiger der Arbeitnehmerrechte Schikanen, Überwachung und strafrechtlicher Verfolgung ausgesetzt sind; in der Erwägung, dass ein Verbot unabhängiger Gewerkschaften eine Diskriminierung der grundlegenden ILO-Übereinkommen Nr. 87 und Nr. 98 über die Vereinigungsfreiheit und das Recht auf Tarifverhandlungen darstellen könnte;
- AN. in der Erwägung, dass China immer fordernder und selbstbewusster auftritt, sich zu einem regionalen Hegemon entwickelt und in rasendem Tempo zu einer globalen Supermacht wird; in der Erwägung, dass der zunehmende strategische Wettbewerb zwischen den USA und China erhebliche Auswirkungen auf die globale Sicherheit und wirtschaftliche Stabilität und beträchtliche negative Ausstrahlungseffekte auf die EU hat;
- AO. in der Erwägung, dass Chinas Haltung gegenüber der regelbasierten

multilateralen Ordnung durch die Einrichtung und Nutzung alternativer Kooperationsformate wie der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit und BRICS Plus sowie durch die Schaffung einer parallelen internationalen Ordnung im Rahmen seiner vier globalen Initiativen Globale Entwicklung, Globale Sicherheit, Globale Zivilisation und Globale Ordnungspolitik zunehmend schädliche Züge annimmt;

AP. in der Erwägung, dass die aktuellste China-Strategie der EU aus dem Jahr 2019 datiert; in der Erwägung, dass die EU eine geschlossene, pragmatische, kohärente, umfassende und prinzipientreue China-Politik verfolgen muss, um die Zukunft der EU in globalen Belangen zu bestimmen; in der Erwägung, dass die umfassende strategische Partnerschaft zwischen der EU und China der aktuellen geopolitischen Lage Rechnung tragen muss und folglich einen klaren Schwerpunkt auf die Werte sowie auf die strategische Autonomie, die Interessen und die Prioritäten der EU, auch ihrer Sicherheit legen sollte;

1. empfiehlt dem Rat, der Kommission und der Vizepräsidentin der Kommission/Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik,

a) zu betonen, dass es im eigenen Interesse der EU ist, eine multilaterale Welt zu stärken und einer Bipolarisierung sowie militärischen Konfrontationen und Konflikten vorzubeugen; die Ansicht zu vertreten, dass der Dialog zwischen der EU und China von wesentlicher Bedeutung ist, um ein breites Spektrum bilateraler und globaler Herausforderungen anzugehen, einschließlich des Klimawandels, der Stärkung des Multilateralismus, des Friedens und der Sicherheit, der Förderung der Menschenrechte, der internationalen Entwicklung, der Digitalisierung und der globalen öffentlichen Gesundheit;

b) China als ständiges Mitglied des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen aufzufordern, seinen Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten nachzukommen, eine regelbasierte internationale Ordnung zu wahren und den Multilateralismus sowie die zentrale Rolle der Vereinten Nationen in globalen Angelegenheiten zu unterstützen; gemeinsam mit China im Einklang mit den Bemühungen des Generalsekretärs der Vereinten Nationen auf eine Reform des multilateralen Systems hinarbeiten, das auf der Rechtsstaatlichkeit und den internationalen universellen Werten beruht; zu betonen, dass die freiwilligen Beiträge Chinas zum System der Vereinten Nationen in keinem angemessenen Verhältnis zu seiner wirtschaftlichen Stellung in der Welt stehen;

c) die 50-jährigen diplomatischen Beziehungen zwischen der EU

und China hervorzuheben; festzustellen, dass die Beziehungen nun einen kritischen Punkt erreicht haben, was hauptsächlich auf die unlauteren wirtschaftlichen Praktiken Chinas wie Dumping und Spionage sowie seinen Standpunkt zum Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine zurückzuführen ist; ein verantwortlicheres und authentischeres Engagement anzuregen, um das gegenseitige Verständnis zu verbessern und eine wirklich ausgewogene und für beide Seiten vorteilhafte Zusammenarbeit unter uneingeschränkter Achtung des Völkerrechts und der in der Charta der Vereinten Nationen verankerten universellen Werte zu fördern;

- d) zu betonen, dass dieser Ansatz flexibel genug sein muss, um an die Komplexität der Beziehungen angepasst zu werden und es der EU zu ermöglichen, auf der Grundlage des Fehlverhaltens Chinas im Inneren und auf internationaler Ebene zu reagieren und ihre Haltung anzupassen, insbesondere in Bezug auf die Einhaltung der Grundprinzipien der Souveränität, der territorialen Unversehrtheit, des Verbots der Anwendung von Gewalt und der Achtung des Völkerrechts;
- e) die Rolle Chinas als entscheidender Wegbereiter des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine und als größter Lieferant von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck für diesen Krieg zu verurteilen und entsprechend darauf zu reagieren, damit diese Haltung China teurer zu stehen kommt; die diplomatische und materielle Unterstützung Chinas für den militärisch-industriellen Komplex Russlands hervorzuheben; ihre tiefe Besorgnis insbesondere über belastbare Beweise für Chinas zunehmende Beteiligung an der Lieferkette russischer Waffen und Drohnen zum Ausdruck zu bringen, einschließlich der Bereitstellung von Technologien mit doppeltem Verwendungszweck, Komponenten und Hochtechnologieausrüstung, die die Fähigkeit Russlands, ukrainische Zivilisten und Infrastrukturen zu treffen, direkt stärken; außerdem seine tiefe Besorgnis über überprüfte Berichte zum Ausdruck zu bringen, wonach das chinesische Militär russisches Militärpersonal für den Kampf in der Ukraine ausgebildet hat;
- f) China nachdrücklich aufzufordern, alle Formen der Unterstützung für Russland unverzüglich einzustellen und nicht länger zur Verlängerung des Krieges beizutragen; eine transatlantische und diplomatische Initiative der G7 zu koordinieren, um China klare, zeitgebundene Forderungen vorzulegen sowie mit spürbaren Konsequenzen zu konfrontieren, um es dazu zu bewegen, seinen beträchtlichen Einfluss auf Russland geltend zu machen, damit dieses seinen Angriffskrieg beendet, seine Truppen aus den besetzten Gebieten abzieht, Reparationen zahlt, alle Kriegsgefangenen

sowie gefangene Zivilpersonen und Kinder bedingungslos freilässt und Kriegsverbrecher sowie die für das Verbrechen der Aggression Verantwortlichen zur Strafverfolgung an einen internationalen Gerichtshof ausliefert, und um die Umgehung internationaler Sanktionen zu verhindern;

- g) gemeinsam mit Partnern und Verbündeten unverzüglich gezielte restriktive Maßnahmen auszuweiten und die Liste der Organisationen und Lieferkettenknotenpunkte, die Russland maßgeblich unterstützen, zu erweitern und dies um Durchsetzungsmaßnahmen gegen Schattenflotten- und Wiederausfuhr-Konstrukte zu ergänzen; gleichzeitig verbindliche, risikobasierte Maßnahmen zu ergreifen, um den Transfer sensibler Technologien nach China zu unterbinden, einschließlich Schutzvorkehrungen im Rahmen von Mechanismen der Forschungszusammenarbeit, um sowohl eine Nutzung zu militärischen und zu Überwachungszwecken sowie Menschenrechtsverletzungen als auch einen Technologietransfer in von der EU sanktionierte Länder wie Russland, Iran oder Nordkorea zu verhindern;
- h) dringend Maßnahmen zu ergreifen, um der Instrumentalisierung kritischer Abhängigkeiten durch China entgegenzuwirken, und die Strategie der Risikominderung und der wirtschaftlichen Neuausrichtung in den Beziehungen zwischen der EU und China konsequent voranzutreiben; festzustellen, dass sich die Risikominderung auf bestimmte strategische Sektoren konzentrieren sollte, wie beispielsweise kritische Rohstoffe, kritische Arzneimittel, Industriemagnete sowie Biotechnologie, Quantencomputing, Batterien und Batteriekomponenten, Elektrofahrzeuge, IKT und Halbleiter; robuste Verfahren zum Schutz kritischer Technologien, Infrastrukturen und Lieferketten zu schaffen, um die strategische Autonomie Europas zu fördern und gleichzeitig einen pragmatischen Umgang mit China aufrechtzuerhalten, der eine konfliktfreie Koexistenz ermöglicht, die europäischen Werte und Interessen schützt sowie eine kohärente und selbstbewusste China-Politik unterstützt und ergänzt; die Zwangsmaßnahmen Chinas im Bereich der seltenen Erden zu untersuchen und die Anwendung des Instruments gegen Zwangsmaßnahmen zu prüfen;
- i) sicherzustellen, dass die Risikominderungsstrategie der EU mit klima-, energie- und industriepolitischen Maßnahmen einhergeht, mit denen eine zunehmende Abhängigkeit von chinesischen Bauteilen und Technologien verhindert wird, sowie mit gezielten Investitionen in europäische Industriekapazitäten und Innovationen, insbesondere in kritische Technologien und fortschrittliche Werkstoffe, um externe Abhängigkeiten zu verringern, die Produktion in die EU zu verlagern und die

Wettbewerbsfähigkeit innerhalb des Binnenmarkts zu fördern; darauf hinzuweisen, dass insbesondere bei der Risikominderung strategische Autonomie, Nachhaltigkeit und Lösungen im Sinne der Kreislaufwirtschaft im Vordergrund stehen müssen, die den Menschenrechten, den Rechten indigener Völker und den Umweltstandards in vollem Umfang entsprechen;

- j) einzuräumen, dass der chinesische Markt für Elektrofahrzeuge eine große Bedrohung für den EU-Markt für Elektrofahrzeuge darstellt, da China seine Produktionsüberschüsse exportiert, wodurch der EU-Markt für Elektrofahrzeuge an Wettbewerbsfähigkeit verliert und insbesondere Länder geschädigt werden, deren BIP stark von der Automobilindustrie abhängt; einzuräumen, dass Elektrofahrzeuge aus China und die darin zum Einsatz kommende Technologie eine Sicherheitsbedrohung darstellen und dass die EU wirksame Rechtsvorschriften erlassen sollte, um zu verhindern, dass solche Technologien dazu genutzt werden, sensible Daten aus Elektrofahrzeugen zu erfassen;
- k) die strikte Anwendung der seit dem 1. Juli 2026 geltenden Zölle auf Kleinsendungen aus Drittländern mit einem Wert von 150 EUR oder weniger und der ab dem 1. November 2026 geltenden EU-weiten Bearbeitungsgebühr für Kleinsendungen sicherzustellen; die Wirksamkeit bestehender Maßnahmen zur Eindämmung der schädlichen Auswirkungen von Praktiken wie „Ultra-Fast Fashion“ zu prüfen; bereit zu sein, erforderlichenfalls die Behörden der Mitgliedstaaten nachdrücklich aufzufordern, alle weiteren Maßnahmen zu ergreifen, die erforderlich sind, um die Kontrollen nicht konformer, gefährlicher oder unsicherer Waren, die häufig über chinesische Online-Plattformen (wie Temu, Shein oder AliExpress) verkauft werden, zu verstärken und zu verschärfen;
- l) Maßnahmen zu ergreifen, um weitere Sicherheitsrisiken durch ausländische Investitionen aus China zu verhindern, indem die Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen in den Mitgliedstaaten, insbesondere in strategischen Branchen wie Mediendienste, kritische Rohstoffe, kritische Infrastrukturen und kritische Technologien, wiederzuerlangen; dringend die Monopolstellungen Chinas bei kritischen und wesentlichen Engpässen anzugehen, indem der Stärkung alternativer widerstandsfähiger Lieferketten Vorrang eingeräumt wird;
- m) einzuräumen, dass auch eine übermäßige Abhängigkeit von chinesischen Technologien und Ressourcen im Bereich des Klimaschutzes und des ökologischen Wandels die EU verwundbar macht; daher die Maßnahmen im Bereich der wirtschaftlichen Sicherheit auch im Bereich des ökologischen Wandels zu stärken; angesichts des Umstands, dass die Ausfuhr

sauberer bzw. grüner Technologien durch China weitgehend von industriepolitischen Zielen getrieben und durch übermäßige staatliche Beihilfen und ausfuhrorientierte Überkapazitäten aufrechterhalten wird, gegen das Problem vorzugehen, dass die europäische Industrie im Bereich der grünen Technologien einen ungerechten Wettbewerbsnachteil erleidet;

- n) die erheblichen sozioökonomischen Herausforderungen zur Kenntnis zu nehmen, denen sich China gegenwärtig gegenüber sieht und deren Ursache oftmals in den politischen Entscheidungen und strukturellen Ungleichgewichten des Landes liegt; zu betonen, dass die EU weder Verzerrungen globaler Märkte noch Bedrohungen ihrer strategischen Interessen akzeptieren kann, die den fairen Wettbewerb und die wirtschaftliche Souveränität untergraben; zu bekräftigen, dass die EU zwar Verhandlungslösungen und offenen Kommunikationskanälen Vorrang einräumt, sich jedoch das Recht vorbehält, im Rahmen ihrer Strategie für wirtschaftliche Sicherheit einseitige Maßnahmen zu ergreifen, wenn sich die Zusammenarbeit mit den chinesischen Staatsorganen als unwirksam oder unzureichend erweist; zu betonen, dass eine Lösung für die Überkapazitäten Chinas gefunden werden muss, ohne dass den Steuerzahlern oder der Industrie in der EU unverhältnismäßige Kosten auferlegt werden;
- o) in dem Bewusstsein, dass in Zeiten eines erheblichen wirtschaftlichen Drucks und eines zunehmenden geostrategischen Transaktionalismus die wirtschaftlichen Kosten von Zwang und wirtschaftlichen Vergeltungsmaßnahmen abgewendet und Wege gefunden werden sollten, um den negativen Auswirkungen internationaler Spannungen entgegenzuwirken, in dem Wissen, dass die Solidarität der EU von wesentlicher Bedeutung ist, um dem internationalen Druck standzuhalten; vor diesem Hintergrund die Mechanismen der EU zur Überwachung und zum raschen Vorgehen gegen wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen Chinas gegen Mitgliedstaaten zu stärken, sodass sichergestellt wird, dass kein Mitgliedstaat allein wirtschaftlichem Zwang ausgesetzt ist; zur Kenntnis zu nehmen, dass sich die bilateralen – einschließlich der diplomatischen und wirtschaftlichen – Beziehungen nach den wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen Chinas gegenüber Litauen noch nicht normalisiert haben;
- p) aktiv und gemeinsam die Auswirkungen des technologischen und wirtschaftlichen Wettbewerbs mit China anzugehen, insbesondere den asymmetrischen Marktzugang und die fehlende Rechtssicherheit für europäische Unternehmen in China; die Notwendigkeit hervorzuheben, dass Gegenseitigkeit und gleiche Wettbewerbsbedingungen in allen Handels- und Investitionsbeziehungen mit China vonnöten sind; darauf zu

bestehen, dass Peking Hindernisse und unlautere Praktiken beseitigt, die gegen die Verpflichtungen der Welthandelsorganisation (WTO) verstoßen; verhältnismäßige Maßnahmen der EU zur Verteidigung ihrer Interessen zu unterstützen, sofern China seine Märkte nicht in gleichem Umfang öffnet;

- q) die geopolitischen Folgen des Handelskonflikts zwischen den USA und China und seine möglichen Ausstrahlungseffekte auf die Wirtschaft der EU zu betonen; im Wege der Koordinierung mit gleichgesinnten Akteuren aktiv die Partnerschaften der EU mit dem indopazifischen Raum und Asien zu gestalten und eine stärkere Angleichung in den Bereichen Handel, Technologiestandards und Lieferkettenresilienz anzustreben, um das Monopol Chinas in kritischen Bereichen zu umgehen; die Gelegenheit für die EU zu nutzen, sich als verlässlicher und attraktiver Partner im indopazifischen Raum zu präsentieren, und zu betonen, dass eine verstärkte Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Partnern angesichts der Instrumentalisierung seltener Erden durch China und der Notwendigkeit für die EU, ihre Lieferanten kritischer Rohstoffe zu diversifizieren, um widerstandsfähige Lieferketten zu gewährleisten, von entscheidender Bedeutung ist; in diesem Zusammenhang den Abschluss der strategischen Partnerschaft zwischen der EU und Australien für nachhaltige kritische und strategische Mineralien zu begrüßen; zu betonen, dass die EU in Forschung und Entwicklung sowie in das Innovationsökosystem investieren muss, um technologischen Abhängigkeiten vorzubeugen;
- r) anzuerkennen, dass die Stärkung der Beziehungen zwischen der EU und Indien strategisch wichtig ist, um ein Gegengewicht zu den regionalen Ambitionen Chinas zu setzen; Indien als wichtigen Partner zu betrachten und das Land aufzufordern, seiner Verantwortung – auch gegenüber Russland – bei der Festigung der globalen Sicherheitsarchitektur gerecht zu werden, die auf der uneingeschränkten Achtung internationaler Normen und Grundsätze beruht;
- s) die positiven Auswirkungen und die strategische Bedeutung der Vertiefung der Beziehungen zwischen der EU und Taiwan, einem wertvollen Handels- und Technologiepartner, weiter hervorzuheben; sich dabei mit den Partnern der EU in der ganzen Welt abzustimmen;
- t) einen EU-Sondergesandten für die koreanische Halbinsel zu ernennen, um die Lage genau zu überwachen und die erforderlichen Maßnahmen mit der internationalen Gemeinschaft zu koordinieren, was die Zusammenarbeit mit China einschließt, um dessen Ablehnung des nordkoreanischen Nuklearprogramms zu bestätigen und seinen Einfluss zu nutzen,

um das Programm zu stoppen;

- u) das Engagement der EU im westlichen Balkan zu verstärken, um dem wachsenden wirtschaftlichen Einfluss Chinas entgegenzuwirken, insbesondere durch die Infrastrukturinvestitionen und Darlehen zu Sonderbedingungen vonseiten Chinas, die in einigen dieser Länder Abhängigkeiten geschaffen haben;
- v) die strategische Bedeutung der Arktis und des Hohen Nordens für die europäische und die transatlantische Sicherheit anzuerkennen; sicherzustellen, dass die Politik der Europäischen Union gegenüber China den strategischen Schwachstellen in dieser Region Rechnung trägt, und auch ein solides System für die Überwachung der wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und infrastrukturellen Tätigkeiten Chinas in der Arktis und insbesondere ihres doppelten Verwendungszwecks und ihrer Wechselwirkungen mit der militärischen Präsenz Russlands in der Region zu integrieren;
- w) die Global-Gateway-Strategie weiterzuentwickeln, um ein Modell der verlässlichen Konnektivität zu bieten, das auf Gleichheit, Nachhaltigkeit und Transparenz beruht, eine verlässliche Alternative zur Initiative „Neue Seidenstraße“ darstellt und vollständig auf nachhaltiger Entwicklung beruht, wobei internationale und EU-Normen und -Standards, einschließlich des Übereinkommens von Paris, des Biodiversitätsrahmens von Kunming-Montreal und der Kernübereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO), uneingeschränkt zu achten sind;
- x) einzuräumen, dass die EU im Zuge ihrer Projekte im Rahmen von Global Gateway effizienter sein muss und dass dies möglich ist, ohne gegen die Normen und Standards der EU im Hinblick auf Transparenz, ökologische Nachhaltigkeit, Arbeitnehmerrechte und wirtschaftliche Tragfähigkeit zu verstoßen; darauf zu bestehen, dass mit Global-Gateway-Projekten faire, für beide Seiten vorteilhafte, klimaresiliente und transparente Entwicklungspartnerschaften mit Ländern unterstützt werden, die sich eher an der EU als an China oder anderen autoritären Mächten orientieren; anzuerkennen, dass Afrika hierbei ein vorrangiger Partner für Global Gateway ist, und die allgemeine Zusammenarbeit der EU mit dem Kontinent auszubauen, wobei auch Lateinamerika als vorrangiger Partner anzuerkennen ist;
- y) dem wachsenden politischen und wirtschaftlichen Einfluss Chinas entgegenzuwirken, indem mit der „Global Gateway“-Initiative und ähnlichen EU-Initiativen eine bessere Alternative zur chinesischen Initiative „Neue Seidenstraße“ geboten wird,

um die Präsenz der EU und ihr Engagement gegenüber Partnern im Globalen Süden, insbesondere in afrikanischen und lateinamerikanischen Ländern, zu stärken; die Bemühungen zu verstärken, um gegen die EU gerichteten Narrativen in diesen Ländern entgegenzuwirken; mit China zusammenzuarbeiten, um die Schuldenlast der Entwicklungsländer zu verringern, indem unter anderem die Darlehen des Landes in Zuschüsse umgewandelt werden; auf den wachsenden wirtschaftlichen, politischen und sicherheitspolitischen Einfluss Chinas in Lateinamerika und der Karibik aufmerksam zu machen, umfangreiche Infrastruktur- und Hafeninvestitionen und ein verstärktes militärisches Engagement und verstärkte technologische Zusammenarbeit mit autoritären Regimen wie denen in Kuba, Nicaragua und Venezuela; davor zu warnen, dass diese Aktivitäten die globale strategische Reichweite Chinas stärken und wirtschaftliche Abhängigkeiten erhöhen;

- z) die Sorgfaltspflicht in finanziellen Belangen und die Garantien im Bereich der Vergabe öffentlicher Aufträge im Rahmen der Initiative „Global Gateway“ zu verstärken, um zu verhindern, dass durch von der EU finanzierte Infrastrukturprojekte strategische Abhängigkeiten von China geschaffen oder vertieft werden; zu betonen, dass eine transparente Auftragsvergabe, Risikominderung und eine einheitliche Anwendung der EU-Standards erforderlich sind;
- aa) die Sorgfalts- und Korruptionsprüfung bei allen Investitions- und Finanzierungsinstrumenten der EU für Außenmaßnahmen, an denen China beteiligt ist, zu verstärken; sicherzustellen, dass kein an systemischer Korruption beteiligtes Unternehmen an unionsfinanzierten Projekten teilnehmen kann; Antikorruptionsstandards und strengere Transparenzanforderungen für Lieferketten, Eigentumsstrukturen und die Vergabe von Unteraufträgen einzuführen und Mechanismen zur kontinuierlichen Überwachung der Korruptionsrisiken bei Projekten einzurichten, an denen chinesische Partner beteiligt sind;
- ab) einzuräumen, dass Chinas zivil-militärische Fusionsstrategie eine staatlich gesteuerte Maßnahme zur Zusammenlegung des zivilen und des militärischen Sektors darstellt, mit der die Kontrolle der chinesischen Regierung und die Fähigkeiten der Volksbefreiungsarmee durch den Erwerb fortschrittlicher globaler Technologien verbessert werden sollen, und ihre Besorgnis darüber zu äußern, dass sich chinesische Privatunternehmen den staatlichen Interessen unterordnen und so den geopolitischen Einfluss Chinas vorantreiben; unter dem nachdrücklichen Hinweis darauf, dass mit der zivil-militärischen Fusion eine technologische, wirtschaftliche und militärische Dominanz auf globaler Ebene angestrebt wird, die Kommission

und die Mitgliedstaaten nachdrücklich aufzufordern, die Abhängigkeit der EU von unter der Kontrolle Chinas stehenden Ressourcen und Infrastrukturen zu verringern, da dies sicherheitsbezogene, nachrichtendienstliche und wirtschaftliche Risiken für die Autonomie und strategische Resilienz Europas birgt; verurteilt das überarbeitete chinesische Gesetz über die Mobilität der Landesverteidigung, das am 1. Oktober 2026 in Kraft trat und alle chinesischen Technologien, Daten und Software im Falle der Mobilisierung in die direkte Zuständigkeit der chinesischen Militärdirektion stellt; betont, dass die Risiken im Zusammenhang mit kritischen IKT-Lieferketten dringend verringert werden müssen;

- ac) zu bestätigen, dass die Ein-China-Politik der EU der Orientierungsrahmen für die außenpolitischen Entscheidungen der EU in Bezug auf Taiwan ist und dass die EU dem Ein-China-Grundsatz nie zugestimmt hat und sich jeder Provokation oder jedem einseitigen Versuch widersetzt, den Status quo durch Gewalt oder Zwang oder gegen den Willen des taiwanesischen Volkes zu verletzen; mit den Mitgliedstaaten und anderen demokratischen Partnern in der Region auf eine engere Koordinierung in Sicherheitsfragen hinzuwirken, einschließlich einer andauernden Marinepräsenz und gemeinsamer Übungen, um die Stabilität in der Region zu stärken; der Zusage der Kommission vor dem Parlament nachzukommen, dass darauf hingearbeitet wird, China von Provokationen und einer Eskalation der Spannungen mit Taiwan abzuschrecken; deutlich zu machen, dass die EU auch künftig ihre Beziehungen zu der Insel in verschiedenen Bereichen weiterentwickelt, wobei die seit langer Zeit geltende Ein-China-Politik der EU befolgt wird und in der gesamten Taiwanstraße der Dialog und die konstruktive Zusammenarbeit gesucht werden; in diesem Zusammenhang die Vereinten Nationen aufzufordern, die Forderungen zurückzuweisen Chinas, Inhabern taiwanesischer Reisepässe, einschließlich Touristen, Journalisten, Mitarbeitern von nichtstaatlichen Organisationen und politischen Aktivisten, den Zugang zu Besichtigungen und Veranstaltungen bei den Vereinten Nationen zu verwehren;
- ad) Chinas Versuche abzulehnen, internationale Organisationen, Drittländer und andere Akteure zu zwingen, die internationale Beteiligung Taiwans und die internationalen Kontakte zu Taiwan einzuschränken, wie kürzlich der Druck gezeigt hat, den Peking im Zusammenhang mit der Teilnahme der Vizepräsidentin Hsiao Bi-khim an der vom Europäischen Parlament organisierten Europäischen Konferenz für Freiheit und Demokratie auf Ventotene ausgeübt hat;
- ae) sich aktiv an diplomatischen Bemühungen zu beteiligen, mit denen der Eskalation Chinas in der Taiwanstraße und dem Süd-

und Ostchinesischen Meer entgegengewirkt werden soll; ihre rückhaltlose Unterstützung der Freiheit der Schifffahrt und des Überflugs im Indopazifik gemäß dem Völkerrecht zu bekräftigen, einschließlich des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen (SRÜ); die Zusammenarbeit im Bereich der maritimen Sicherheit mit Indien und anderen Partnern im indopazifischen Raum zu verstärken, um auf Chinas zunehmende Marinepräsenz in der Region und dessen systematische Versuche, die Freiheit der Schifffahrt ernsthaft zu untergraben, zu reagieren; den Dialog mit China mit dem Ziel zu intensivieren, dass das Land die illegale, ungemeldete und unregulierte Fischerei stärker bekämpft und für mehr Transparenz in Bezug auf den Umfang und die Tätigkeiten seiner Flotte sorgt;

- af) konkrete Notfallmaßnahmen vorzulegen, einschließlich der Planung auf der Grundlage von Szenarien, deren Ziel es ist, Peking von seinen einseitigen Störmaßnahmen in der Region abzubringen; den Grundsatz des Verbots der Anwendung von Gewalt weiterhin zu verteidigen, der in der Charta der Vereinten Nationen verankert ist, die ungeachtet etwaiger Streitigkeiten über Hoheitsrechte gilt; sich der Verzerrung der Resolution 2758 der Vereinten Nationen durch China zu widersetzen, mit der das Land seine Ansprüche auf das Hoheitsgebiet und die Souveränität Taiwans begründet;
- ag) zu betonen, dass es wichtig ist, die wirtschaftliche und technologische Zusammenarbeit mit Taiwan in Bereichen wie Halbleiter und Cybersicherheit zu vertiefen, um die Widerstandsfähigkeit Europas zu stärken und kritische Lieferketten zu schützen; unverzüglich vorbereitende Maßnahmen für Verhandlungen über ein bilaterales Investitionsabkommen oder andere Arten von Abkommen wie etwa eine Vereinbarung über kritische Lieferketten mit Taiwan einzuleiten; das Potenzial für eine Zusammenarbeit bei der Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen und bei der Bekämpfung von wirtschaftlichem Zwang und Vergeltungsmaßnahmen hervorzuheben;
- ah) die Vorsorge und die demokratische Resilienz der EU zu stärken, um den zunehmenden Risiken durch die Verbreitung von Technologien und hybriden Bedrohungen aus China, auch in Bereichen wie Datenspeicherung, vernetzte Fahrzeuge und Stromnetze, sowie durch Informationsmanipulation und politische Einflussnahme aus dem Ausland und Spionage, insbesondere wenn sie auf mit China verbundenen Social-Media-Plattformen wie TikTok, Wechat und Xiaohongshu und anderen Plattformen wie chinesischen Online-Shops, die personenbezogene Daten erheben, auftreten, entgegenzuwirken;

- ai) zu betonen, dass die auf Einflussnahme ausgerichteten Aktivitäten Chinas in den Bedrohungsberichten des EAD über Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland und den Bewertungen der Agentur der Europäischen Union für Cybersicherheit (ENISA) dokumentiert sind und darauf abzielen, die öffentliche Debatte in Europa zu beeinflussen, sensible Daten zu exfiltrieren, Verschwörungstheorien zu verbreiten und demokratische Prozesse auszuhöhlen, und darüber hinaus Risiken für die Privatsphäre, den Datenschutz und das Recht auf freie Meinungsäußerung darstellen;
- aj) festzustellen, dass diese Einflussnahme auf undurchsichtigen Algorithmen beruht, und Transparenz hinsichtlich der Algorithmen, der Datenflüsse nach China und der möglichen Einflussnahme durch chinesische Staatsorgane zu fordern; parallel dazu eine integrierte Reaktion zu beschließen, die die Cyberdimension, die politische Dimension, die Informationsdimension und die technologische Dimension sowie alle erforderlichen Maßnahmen umfasst, um illegale digitale Aktivitäten zu verhindern und gegen chinesische Desinformationskampagnen und andere Arten hybrider Operationen vorzugehen;
- ak) die EU-Rahmen für die Cybersicherheit zu stärken, wobei der zunehmenden Nutzung generativer künstlicher Intelligenz für die automatisierte Verbreitung von Desinformation und für die Beeinflussung demokratischer Prozesse sowie den Risiken im Bereich des Internets der Dinge Rechnung zu tragen ist; darüber hinaus die Abwehrmaßnahmen der Server gegen Cyberangriffe zu stärken und das Gesetz über digitale Dienste¹⁰, die Datenverordnung¹¹ sowie weitere EU-Rechtsvorschriften im Bereich der Digitalisierung anzuwenden, um systemische Risiken zu mindern, die von Plattformen ausgehen, die mit dem Einfluss des chinesischen Staates in Verbindung stehen;
- al) die Mitgliedstaaten nachdrücklich aufzufordern, die Verordnung der EU über die Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen rigoros umzusetzen, um kritische Anlagen wie Häfen, Energienetze und Telekommunikation, auch 5G-Netze, vor

¹⁰ Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG (Gesetz über digitale Dienste) (ABl. L 277 vom 27.10.2022, S. 1, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2022/2065/oj>).

¹¹ Verordnung (EU) 2023/2854 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2023 über harmonisierte Vorschriften für einen fairen Datenzugang und eine faire Datennutzung sowie zur Änderung der Verordnung (EU) 2017/2394 und der Richtlinie (EU) 2020/1828 (Datenverordnung) (ABl. L, 2023/2854, 22.12.2023, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2023/2854/oj>).

strategischen Bedrohungen zu schützen;

- am) den strukturierten Austausch zwischen der EU und Japan, Südkorea und Taiwan in den Bereichen Desinformation, Frühwarnung und Informationsaustausch deutlich zu vertiefen und die Abstimmung mit diesen gleichgesinnten Partnern zu stärken, um die Widerstandsfähigkeit der Gesellschaft und der Institutionen gegen hybride Bedrohungen zu erhöhen;
- an) mit China zusammenzuarbeiten, um den Menschenrechtsdialog zwischen der EU und China zu stärken und wirksamer zu gestalten, damit der Druck auf China hinsichtlich der Verteidigung der Menschenrechte aufrechterhalten wird und die Menschenrechte in den Beziehungen zwischen der EU und China nicht außer Acht gelassen werden;
- ao) die systematische Unterdrückung ethnischer und religiöser Minderheiten durch China, etwa im Wege von Zwangsarbeit und Massenüberwachung, zu verurteilen; seine tiefe Besorgnis über die Verabschiedung des Gesetzes zur Förderung von ethnischer Einheit und Fortschritt und über das damit verbundene Risiko, dass assimilationistische Maßnahmen weiter institutionalisiert und die sprachlichen, kulturellen und religiösen Rechte ethnischer Minderheiten untergraben werden, zum Ausdruck zu bringen; insbesondere seine tiefe Besorgnis über die Politik der systematischen Unterdrückung und der erzwungenen Assimilation Chinas in Tibet und Xinjiang zum Ausdruck zu bringen, einschließlich der Versuche einer erzwungenen Sinisierung und Zerstörung des kulturellen Erbes, wie etwa die Einmischung in die Verfahren zur Überwachung der Wahl tibetisch-buddhistischer spiritueller Führer, und die sofortige Abschaffung des staatlichen Systems der Internatsschulen für tibetische Kinder zu fordern; den Druck der EU in Bezug auf die anhaltenden Gräueltaten Chinas gegen Uiguren und andere türkische Muslime weiter zu verstärken und zu betonen, dass trotz der nominellen Schließung der Internierungslager weiterhin willkürliche Massenverhaftungen, Zwangsarbeit und schwere Verletzungen der Religionsfreiheit stattfinden; darauf zu bestehen, dass die EU die weit verbreitete und systematische Unterdrückung der Uiguren als vorrangiges Thema in alle Dimensionen der Beziehungen zwischen der EU und China einbezieht; Chinas anhaltende Verweigerung der Religions- oder Glaubensfreiheit zu verurteilen, einschließlich der systematischen Verfolgung von Christen, Muslimen, Buddhisten und anderen religiösen Vereinigungen, die nicht unter staatlicher Kontrolle stehen, durch Schikane, Inhaftierung, Zerstörung heiliger Symbole und Kultstätten und andere repressive Maßnahmen;
- ap) darauf hinzuweisen, dass die Sturzfluten, von denen die Grenze

zwischen Nepal und Tibet am 26. August 2026 heimgesucht wurde, auf beiden Seiten der Grenze zu zahlreichen Opfern und Zerstörungen geführt haben; ausdrücklich zu bedauern, dass die chinesischen Staatsmedien Zahlen zu Opfern und Vermissten auf tibetischer Seite veröffentlicht haben, die deutlich unter den von internationalen Menschenrechtsorganisationen genannten Zahlen liegen; zu bedauern, dass Augenzeugenvideos und Berichte von Überlebenden aus Tibet von chinesischen Social-Media-Plattformen entfernt wurden, ausländischen Journalisten nur unter staatlicher Aufsicht Zugang gewährt wurde und das chinesische Ministerium für öffentliche Sicherheit bestätigt hat, dass Personen wegen der Weitergabe von Informationen über die Katastrophe bestraft wurden; betonen, dass diese Art der Informationskontrolle die Rechenschaftspflicht gegenüber den Opfern der Katastrophe und ihren Familien behindert; die chinesischen Staatsorgane aufzufordern, unabhängigen Beobachtern, Journalisten und humanitären Organisationen unverzüglich und ungehindert Zugang zu den tibetischen Gebieten zu gewähren, die von den Überschwemmungen an der nepalesisch-tibetischen Grenze im August 2026 betroffen sind, und vollständige und überprüfbare Angaben zu den Opfern zu veröffentlichen; zu fordern, dass die Verantwortlichen gegenüber den Opfern und deren Familien zur Rechenschaft gezogen werden;

- aq) mit China zusammenzuarbeiten und China nachdrücklich aufzufordern, den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte zu achten und zu ratifizieren sowie alle grundlegenden IAO-Übereinkommen zu ratifizieren; aktiv dafür zu sorgen, dass die Sorgfaltspflicht entlang der globalen Lieferketten sichergestellt wird und dass EU-Unternehmen, die mit China Handel treiben, sowie chinesische Unternehmen, die mit der EU Handel treiben, die einschlägigen IAO-Übereinkommen über Zwangsarbeit und Arbeitnehmerrechte einhalten; die Instrumente zum Einfuhrverbot zu stärken und konsequent durchzusetzen, einschließlich der konsequenten Umsetzung der Verordnung über Zwangsarbeit¹² und der zollseitigen Kontrollen, sowie umgehend ein Einfuhrverbot für alle Waren zu verhängen, die unter staatlich verordneter Zwangsarbeit hergestellt wurden;
- ar) nach dem Verbleib des Panchen Lama zu fragen und die bedingungslose Freilassung politischer Gefangener zu fordern, darunter der Sacharow-Preisträger von 2019, Ilham Tohti, der

¹² Verordnung (EU) 2024/3015 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2024 über ein Verbot von in Zwangsarbeit hergestellten Produkten auf dem Unionsmarkt und zur Änderung der Richtlinie (EU) 2019/1937 (ABl. L, 2024/3015, 12.12.2024, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2024/3015/oj>).

EU-Bürger Gui Minhai, Gulshan Abbas, Gao Zhisheng, Yu Wensheng und Xu Yan, Xu Zhiyong, Huang Xueqin und Zhang Zhan sowie der mongolische Aktivist Hada, inhaftierte uigurische Wissenschaftler und Kulturschaffende, unter anderem die rechtswidrig inhaftierten Brüder des EU-Bürgers Dolkun Isa, Professor Yalkun Isa und Hushtar Isa, sowie weitere Personen; die Einstellung der Praxis des „Hausarrests an einem bestimmten Ort“, die Wiederherstellung der Bewegungsfreiheit des Sacharow-Preisträgers von 2008 Hu Jia zu fordern und Informationen über seinen aktuellen Verbleib einzufordern; darauf zu bestehen, dass China die Trägerin des Deutsch-Französischen Preises für Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit 2023 Chow Hang-tung sowie Jimmy Lai, Benny Tai, Joshua Wong, Leung Kwok hung, Owen Chow und die Mitglieder der Gruppe „Hong Kong 47“, die nach wie vor aufgrund des Gesetzes über die nationale Sicherheit inhaftiert sind, freilässt; die strafrechtliche Verfolgung des ehemaligen prodemokratischen Abgeordneten Au Kam San auf der Grundlage des Gesetzes über die nationale Sicherheit Macaus zu verurteilen und seine sofortige und bedingungslose Freilassung zu fordern; die Anwendung der Todesstrafe in China zu verurteilen und erneut darauf hinzuweisen, dass die geschätzte Gesamtanzahl der Hinrichtungen in China die aller anderen Länder übersteigt, die die Todesstrafe anwenden; unabhängige Akteure der Zivilgesellschaft, Umweltschützer sowie Arbeitnehmerrechtsaktivisten und Menschenrechtsverteidiger in China, Hongkong und in der Diaspora zu unterstützen; eine Fazilität für den zivilgesellschaftlichen Dialog zwischen der EU und China zu fordern, mit der die Teilnehmer vor Vergeltungsmaßnahmen geschützt und die akademische Freiheit und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf der Grundlage der universellen Menschenrechte gestärkt werden;

- as) die chinesischen Staatsorgane nachdrücklich aufzufordern, Artikel 63 des Gesetzes zur Förderung der ethnischen Einheit und des ethnischen Fortschritts aufzuheben, mit dem die extraterritoriale Gerichtsbarkeit über Personen mit Wohnsitz in Drittländern eingeführt werden soll und der einen direkten Verstoß gegen das Völkerrecht und die souveräne Gerichtsbarkeit der EU-Mitgliedstaaten darstellt; einen EU-weiten Rahmen für die Ermittlung und Bekämpfung grenzüberschreitender Repressionen auf europäischem Boden zu entwickeln;
- at) zu bekräftigen, dass die Menschenrechte universell, unteilbar und unveräußerlich sind und nicht als innere Angelegenheiten eingestuft werden können; China aufzufordern, den IPBPR unverzüglich zu ratifizieren und seine Bestimmungen in der Zwischenzeit vollständig einzuhalten, auch in Hongkong, wo der

Pakt gemäß der chinesisch-britischen Gemeinsamen Erklärung rechtsverbindlich ist und Vorrang vor den Rechtsvorschriften über die nationale Sicherheit hat; alle Vereinbarungen über Auslieferungen nach Hongkong auszusetzen, bis die Unabhängigkeit der Justiz und die Garantien für das Recht auf freie Meinungsäußerung vollständig wiederhergestellt sind; mit China einen konkreten und zeitgebundenen Fahrplan für greifbare und überprüfbare Fortschritte im Menschenrechtsdialog zwischen der EU und China zu vereinbaren, der über den verfahrenstechnischen Austausch hinausgeht und zu substanziellen Ergebnissen führt;

- au) die erzwungene Rückkehr nordkoreanischer Flüchtlinge – insbesondere von Frauen – durch China aufs Schärfste zu verurteilen, die gegen den Grundsatz der Nichtzurückweisung und das internationale Flüchtlingsrecht verstößt und ihr Leben ernsthaft und unmittelbar gefährdet; China aufzufordern, seinen Verpflichtungen aus der Flüchtlingskonvention von 1951 nachzukommen und dem Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen Zugang zu nordkoreanischen Staatsangehörigen in seinem Hoheitsgebiet zu gewähren;
- av) alle Wege zu ermitteln und zu schließen, die derzeit transnationale Repressionsmaßnahmen, auch mit digitalen Mitteln, erleichtern, und China aufzufordern, all seine sogenannten Übersee-Polizeistationen in der EU zu schließen;
- aw) zum Ausdruck zu bringen, dass die EU die transnationalen Repressionsmaßnahmen Chinas sowie die grenzüberschreitende Anwendung chinesischen Rechts entschieden missbilligt, etwa die Einleitung von Ermittlungen gegen den taiwanesischen Abgeordneten Puma Shen Pao-Yang gemäß einer Leitlinie der Justiz aus dem Jahr 2024, in der er beschuldigt wird, eine „separatistische Organisation für die Unabhängigkeit Taiwans“ ins Leben gerufen zu haben; China aufzufordern, die Rückführung von Flüchtlingen nach Nordkorea zu beenden und stattdessen ihren Schutz im Einklang mit dem internationalen Flüchtlingsrecht sicherzustellen;
- ax) das Gedenken an die Opfer des Massakers auf dem Platz des Himmlischen Friedens zu bewahren und zu ehren und den Versuchen der chinesischen Staatsorgane, dieses Verbrechen aus dem öffentlichen Gedächtnis zu löschen, aktiv entgegenzuwirken; die EU-Delegation in Peking zu beauftragen, jedes Jahr am 4. Juni der Opfer zu gedenken, unter anderem indem die EU-Flagge auf halbmast gesetzt wird, Kerzen in den Fenstern der EU-Delegation entzündet werden, oder in Form anderer angemessener symbolischer Gesten des Gedenkens; Maßnahmen einzuleiten und zu unterstützen, die darauf abzielen, die historische Aufzeichnung des Massakers zu

bewahren und sicherzustellen, dass die Erinnerung daran an künftige Generationen weitergegeben wird; das Massaker auf dem Tiananmen-Platz als entscheidenden Moment in der neueren Geschichte Chinas und als deutliche Warnung vor der totalitären Richtung anzuerkennen, die die Kommunistische Partei Chinas anschließend eingeschlagen hat;

- ay) alle Formen geschlechtsspezifischer Gewalt, einschließlich des Frauen- und Mädchenhandels, aufs Schärfste zu verurteilen; zu fordern, dass unabhängige Mechanismen der Vereinten Nationen und des Amtes des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte umgehend einen ungehinderten Zugang nach China erhalten;
- az) die Rolle des Internationalen Strafgerichtshofs bei der Ermittlung und Verfolgung internationaler Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu unterstützen und zu stärken und den Rückgriff auf internationale Mechanismen der Rechenschaftspflicht zu prüfen;
- ba) in Zusammenarbeit und Abstimmung mit gleichgesinnten Partnern alle Kanäle zu ermitteln und zu schließen, über die derzeit transnationale Repressionsmaßnahmen Chinas in der EU, auch mit digitalen Mitteln, ermöglicht werden, insbesondere solche, die durch die sogenannten Übersee-Polizeistationen des Landes begangen werden und gegen in der Diaspora lebende Gemeinschaften gerichtet sind; gegen die Praxis Chinas vorzugehen, willkürlich Ausreiseverbote gegen EU-Bürger in China zu verhängen;
- bb) einzuräumen, dass die Sicherheit und der Wohlstand Europas nicht gewährleistet werden können, indem eine Abhängigkeit durch eine andere ersetzt wird, sondern vielmehr durch eine Stärkung von innen heraus gefördert werden sollten, was auch mit dem Letta- und dem Draghi-Bericht im Einklang steht, indem Barrieren für den Binnenmarkt abgebaut werden, wahre offene strategische Autonomie aufgebaut, die europäische Verteidigungsunion vollendet und gleichzeitig für eine Diversifizierung unserer Wirtschafts- und Handelsbeziehungen gesorgt wird; eine robuste und wirksame EU-Strategie für wirtschaftliche Sicherheit auszuarbeiten und vorzulegen, in der die Schwachstellen Europas klar erfasst und Bereiche ermittelt werden, in denen die EU über echte Einflussmöglichkeiten verfügt;
- bc) im Angesicht von Spaltungsversuchen stets die Bedeutung der Einheit der Demokratien im Blick zu behalten – ebenso wie die strategischen Interessen Chinas und Russlands; vor allem mit den Vereinigten Staaten und anderen gleichgesinnten Ländern zusammenzuarbeiten, um Strategien hinsichtlich Chinas

zunehmend selbstbewusster Haltung auf der internationalen Bühne zu entwickeln; die europäische Verteidigungssäule innerhalb des transatlantischen Bündnisses zu stärken und gleichzeitig die transatlantische Bindung zu festigen und die NATO zu stärken;

- bd) festzustellen, dass die Resilienz Europas auf demokratischen Werten, einem starken sozialen Zusammenhalt und einer nachhaltigen industriellen Führungsrolle beruhen muss; die Kapazitäten der EU für zivile Krisenbewältigung, Konfliktverhütung und Friedenskonsolidierung zu stärken;
- be) seine tiefe Besorgnis über die massive Ausweitung des chinesischen Kernwaffenarsenals zum Ausdruck zu bringen; diplomatisch darauf hinzuwirken, ein neues nukleares Wettrüsten und die Gefahr einer nuklearen Eskalation zu verhindern; auf China einzuwirken, dass sich das Land an künftigen Rüstungskontroll- und Abrüstungsprozessen beteiligt, und diplomatische Mittel einzusetzen, damit China seinen Einfluss auf Russland, Nordkorea, Pakistan und Iran nutzt, um die nukleare Abrüstung voranzutreiben und das globale System der Nichtverbreitung zu stärken;
- bf) die Bemühungen im Bereich der Public Diplomacy in China zu verstärken, um authentische Informationen über die Politik und die Maßnahmen der EU bereitzustellen, und darauf hinzuarbeiten, das Wissen über China in allen EU-Organen zu verbessern; zu betonen, dass es vor dem Hintergrund, dass bereits Austauschprogramme zwischen europäischen und chinesischen Hochschulen bestehen, wichtig ist, klare Leitlinien für die Zusammenarbeit zwischen europäischen Hochschulen und chinesischen Einrichtungen festzulegen; Koordinierung und Kohärenz der politischen Maßnahmen in allen Mitgliedstaaten und Organen der Europäischen Union zu stärken, um eine gemeinsame und kohärente Strategie gegenüber China zu entwickeln; sicherzustellen, dass eine solche Strategie eine verstärkte Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten bei den Besuchen ihrer wichtigsten führenden Politiker in China und den wichtigsten Botschaften an die chinesische Führung umfasst, um einer politischen Fragmentierung entgegenzuwirken; einer politischen Fragmentierung entgegenzuwirken und eine einheitliche und koordinierte Strategie anzunehmen, um mit China diplomatisch zusammenzuarbeiten, die geopolitischen und wirtschaftlichen Interessen der EU entschlossen zu schützen, die bilateralen Beziehungen zu verbessern und eine für beide Seiten vorteilhafte Zusammenarbeit anzustreben; einen fairen und verantwortungsvollen Austausch zwischen den Menschen zu fördern;

2. begrüßt die Entscheidung Chinas vom April 2025, die Beschränkungen gegen bestimmte derzeitige und ehemalige Mitglieder des Europäischen Parlaments sowie des Unterausschusses für Menschenrechte einseitig aufzuheben; stellt besorgt fest, dass China nach wie vor Sanktionen gegen über 100 Unionsbürger aufrechterhält, darunter Samuel Cogolati, Dovilė Šakalienė, Adrian Zenz und Björn Jerdén, das Politische und Sicherheitspolitische Komitee des Rates der Europäischen Union, das Mercator Institute for China Studies in Deutschland und die Stiftung „Alliance of Democracies“ in Dänemark;
3. fordert die chinesischen Staatsorgane auf, alle Sanktionen aufzuheben, die im März 2021 als Reaktion auf die rechtmäßige Wahrnehmung der Meinungsfreiheit und demokratischer Aufgaben gegen derzeitige und ehemalige Mitglieder der nationalen Parlamente, Organe und Einrichtungen Europas sowie gegen deren derzeitige und ehemalige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verhängt wurden;
4. betont, dass die EU Chinas Sanktionen gegen Forscher, Mitglieder der nationalen Parlamente und Sicherheitsexperten aus Europa als feindseligen politischen Akt ansehen muss; verurteilt jeden Versuch, die akademische Freiheit einzuschränken und die Arbeit von Forschern und Wissenschaftlern zu behindern;
5. fordert die Mitgliedstaaten und Organe der EU nachdrücklich auf, einer politischen Fragmentierung entgegenzuwirken und eine einheitliche und koordinierte Strategie anzunehmen, um auf diplomatische, aber entschlossene Weise mit China zusammenzuarbeiten, die geopolitischen und wirtschaftlichen Interessen der EU entschlossen zu schützen, die Menschenrechte zu fördern und eine für beide Seiten vorteilhafte Zusammenarbeit anzustreben; begrüßt die Wiederaufnahme des interparlamentarischen Dialogs mit dem Nationalen Volkskongress Chinas; fordert vollständige Transparenz und Gegenseitigkeit bei jedwedem parlamentarischen Austausch, einschließlich Schutzgarantien für Mitglieder, die ihre legitimen Ansichten zum Ausdruck bringen;
6. fordert, dass die Rolle des Parlaments als strategischer Akteur bei der Gestaltung der EU-Politik gegenüber China gestärkt wird und dass seine eigene Cybersicherheitsinfrastruktur und seine eigene digitale Resilienz gestärkt werden, um seine internen Netze, sensiblen Daten und parlamentarischen Verfahren vor Cyberbedrohungen, Spionage und ausländischer Informationsmanipulation zu schützen, wie in der vorliegenden Empfehlung dargelegt;
7. fordert den Rat „Auswärtige Angelegenheiten“ und den Europäischen Rat auf, China als strategischem globalen Akteur mehr

Aufmerksamkeit zu widmen, regelmäßige Schlussfolgerungen zu den Beziehungen zwischen der EU und China anzunehmen und klare Leitlinien für Prioritäten und koordinierte Maßnahmen bereitzustellen;

8. fordert, dass die vorliegende Empfehlung in Mandarin übersetzt wird;

°
° °

9. beauftragt seine Präsidentin, diese Empfehlung dem Rat, der Kommission und der Vizepräsidentin der Kommission und Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik sowie – zur Information – der Regierung der Volksrepublik China zu übermitteln.